V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen | April 1931 | 5. Jahrgang, Nr. 73

Nieder mit dem Attentat der sozialen Reaktion!

70.000 Arbeiterfamilien will die Novelle zur «Reform» der Sozialversicherung ermorden. Ueber 70.000 Arbeitslose sollen unter den verschiedensten Titeln um die Arbeitslosenunterstützung kommen und dem Hungertode ausgeliefert werden.

Die bestehende, an sich schon sehr magere Krankenversicherung, die durch die Praxis der Krankenkassen noch mehr verhunzt worden ist, soll «reformiert» werden, daß davon fast gar nichts mehr übrig bleibt.

Die Unfallversicherung, die jetzt schon die Arbeiterkrüppel mi einer Hungerrente abspeist, soll so «reformiert» werden, daß von der Unfallshungerrente fast gar nichts mehr übrig bleibt.

Um die Arbeiter einzufangen, soll dafür die «Altersversicherung» eingeführt werden. Nämlich die Altersrente soll abgeschafft werden und den neuen Namen «Altersversicherung» bekommen. Sie soll um 4 S monatlich höher sein, aber dafür bekommst du sie erst, bis du über 65 Jahre bist; das heißt, bis du auf dem Zentralfriedhof unter der Erde liegst. So brauchst du sie dann nicht mehr nötig, so bekommst du weder Altersrente, noch Altersversicherungsrente. So schaut der Schwindel aus von der «Altersversicherung».

Das alles geschieht, um zu «sparen». Aber den Banken, den Großkapitalisten werden Milliarden geschenkt!

Bourgeoisie und Sozialdemokratie bereiten ein Kompromiß vor auf dem Rücken der Arbeiter. Die Sozialdemokratie verlangt zunächst einmal in der Form eine Konzession: diese Vorlage solle die Regierung zurückziehen und statt dessen eine andere Vorlage einbringen mit einigen Konzessionen. Wenn die Bourgeoisie bereit ist, sich auch dann noch etwas abhandeln zu lassen, ist die Sozialdemokratie bereit, das ganze zu schlucken. Allein die Bourgeoisie hat schon bei Vorlage der «Reform» erklärt, daß sie mit Konzessionen im einzelnen mit sich reden lasse. Der Schacher auf Kosten der Arbeiter wird bereits vorbereitet. Nur die Massen sind imstande, die Rechnung der kapitalistischen Räuber und ihrer sozialdemokratischen Lakaien zu durchkreuzen.

Arbeiter, die Augen auf! Viermal schon hat die Sozialdemokratie dieses Manöver vor euch aufgeführt: Mit radikalen Worten bramarbasieren und — in der Praxis eure Interessen, eure Rechte preisgeben. Wollt ihr dulden, daß dieses Spiel sich zum fünftenmal wiederhole?!

In der zweiten Hälfte April tritt das Parlament zusammen, dort wollen sie, was sie im April—Mai auspackeln, zum Gesetz erheben.

Nehmt die Sozialdemokratie beim Wort! Nehmt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beim Wort! Zwingt sie, ihre radikalen Worte zu verwirklichen! Organisiert den Massenwiderstand! Wählt Kampfkomitees in den Betrieben und in den Arbeitslosenstellen zur Organisierung des Massenabwehrkampfes.

Heimwehraufmärsche

Am 18. April militärische Uebungen in Innsbruck; am 19. April in Vösendorf; am 25. April Heimwehrtreff in Stockerau; am 2. Mai Heimwehrappell des niederösterreichischen «Heimatschutzes» in zwölf Orten Niederösterreichs, am 3. Mai Geländeübungen und Einmarsch in die betreffenden Orte (Gmünd, Eggenburg, Langenlois, Retz, Poisdorf, Gloognitz). In dieser Weise wollen die Heimwehren durch außerparlamentarischen Druck die parlamentarische Aktion der Bourgeoisie zur Gesetzwerdung der «Reform» der Sozialversicherung und der sozialen Gesetze fördern.

Die Sozialdemokratie hat den Führerkrakeel der Heimwehr den Arbeitern als Liquidation des Faschismus vorgereiet. Es zeigt sich, wie falsch das war und wie recht wir hatten, als wir schrieben, es handle sich um eine Umgruppierung vom romantischen zum realistischen Faschismus. In der Niedergangsepoche des Kapitalismus bleibt die Hauptwaffe der Bourgeoisie der Faschismus. Die Arbeiter dürfen sich durch die sozialdemokratischen Illusionen nicht irreführen lassen. Sie müssen der außerparlamentarischen Aktion der Bourgeoisie die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiter entgegensetzen. Mit denselben Mitteln, mit denen die Bourgeoisie gegen die Arbeiter kämpft, mit denselben Mitteln müssen die Arbeiter gegen die Bourgeoisie kämpfen. Wählt Kampfkomitees in den Betrieben und Arbeitslosenstellen zur Organisierung des außerparlamentarischen Massenwiderstandes!

Revolution in Spanien

Die Republik ausgerufen — Eine Regierung aus bürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten gebildet — Regierungsprogramm: Nichtantastung des kapitalistischen Machtapparates, Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, Sicherung des kapitalistischen Eigentums.

So bedeutsam die schwere Wahlniederlage war, die die Monarchisten bei den Gemeindewahlen erlitten, den Ausschlag gab die Massenbewegung, die Teile des Heeres und der Polizei mit sich riß. Das Großkapital und selbst Teile des Großgrundbesitzes schlugen sich ebenfalls auf die Seite der Republik, weil sie durch Opferung der Monarchie, die Verhüllung der kapitalistischen Macht im republikanisch-demokratischen Formen ihr Eigentum, ihre Ausbeuterstellung sichern wollen vor der sozialen Revolution. Unter solchen Umständen zog es Alfons vor, sich und sein Privateigentum in Sicherheit zu bringen. Er spekuliert auf die kommenden Schwierigkeiten. Es wurde eine republikanische Koalitionsregierung gebildet aus bürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten. Der kapitalistische Charakter dieser Regierung zeigt sich kraß in folgenden zwei Tatsachen: sie läßt den von der Monarchie übernommenen Staatsapparat klassenmäßig vollkommen unberührt und verkündet als ihr Programm «Aufrechterhaltung der (kapitalistischen) Ordnung und Sicherung des (kapitalistischen) Eigentums». Allein Bourgeoisie und Sozialdemokratie werden sich irren. Mit der Königslosigkeit werden die Arbeiter nicht satt. Die Revolution in Spanien marschiert! Ihre Welle wird weiterschlagen und es den Massen erleichtern, mit dem Faschismus auch in den anderen Ländern abzurechnen. Jetzt kommt die Reihe an Mussolini, Horthy und alle jene faschistischen und demokratischen Diktatoren samt ihren gekrönten und ungekrönten Hintermännern!

Maifeier

1. Mai. Am Vormittag Beteiligung an der Maikundgebung der Kommunistischen Partei. Am Nachmittag Ausflug nach der Rohrerhütte. Am Abend Maikundgebung der K. P. Oe. (Opposition) in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46. Beginn 8 Uhr.

Raubangriff auf die Bäckerarbeiter

Die kapitalistische Regierung hat dem Nationalrat eine Novelle vorgelegt, die den Bäckerschutz wie folgt «reformieren» soll:

Die Arbeit in den Bäckereibetrieben soll täglich um 4 Uhr morgens beginnen, die Vorarbeiten schon um 3 Uhr morgens. Und zwar auch für die jugendlichen Arbeiter! Rechnet man den Weg von der Wohnung zum Betrieb, so werden die Bäckerarbeiter durchschnittlich vor 2 Uhr nachts aufstehen müssen. Von einer Nachtruhe ist da natürlich keine Spur mehr.

An den Samstagen wird die Arbeitszeit um drei Stunden verlängert — ohne Ueberstundenzahlung. Bisher wurde der Mehrbedarf an Arbeit an den Samstagen gedeckt durch Heranziehung von rund 1000 Arbeitslosen, die so einen kargen Nebenverdienst hatten. Das soll nun wegfallen.

An Sonntagen soll die Herstellung von Feinbäckerei erlaubt sein und zwar bis 2 Uhr nachmittags.

All das ist noch immer Kautschuck, denn die Vorlage sagt außerdem: «An 60 Tagen im Jahr kann das Gewerbeinspektorrat über Ansuchen Ausnahmen gewähren. Der Bundesminister für soziale Verwaltung kann darüber hinaus noch weitgehendere Ausnahmen bewilligen, wenn mit dem vorstehend bezeichneten Ausmaß das Auslangen nicht gefunden werden kann.» Das heißt: Gesetz wird praktisch das, was die Bäckermeister jedesmal wollen.

Damit all dies schnell in Wirksamkeit trete, wird von Gesetzwegen verfügt, daß die bestehenden Kollektivverträge, mögen sie für welche Dauer immer geschlossen worden sein, 14 Tage nach Kundmachung des Gesetzes von den Unternehmern gekündigt werden können!

Der ganze Bäckerschutz soll so mit einem Federstrich beseitigt werden. Hier handelt es sich nicht mehr bloß um Errungenschaften aus der Umsturzzeit. Hier soll der Arbeiterschaft geraubt werden, worum sie 50 Jahre gekämpft hat. Hier soll die Arbeiterschaft zurückgeworfen werden nicht auf 1919, nicht auf 1914, sondern weit, weit zurück in die 70er, 60er Jahre.

So weit haben wir es unter der glorreichen Sozialdemokratie gebracht!

Raubangriff auf die Staatsangestellten

Die Bourgeoisie plant einen Raubangriff auf die Staatsangestellten in Form einer «Gehaltsreform» oder in Form einer gestaffelten Besoldungssteuer.

Die Sozialdemokratie hat von vorneherein ihr grundsätzliches Einverständnis gezeigt, indem sie schon seit vielen Wochen die Heranziehung aller Kreise verlangt; die bisher zur Arbeitslosenfürsorge als Folgeerscheinung der den ganzen Staat erfassenden Wirtschaftskrise außer den laufenden Steuern keine Beiträge geleistet haben. Das richtete sich gegen die Angestellten von Staat, Land und Gemeinde.

Ueberall sind Bourgeoisie und Sozialdemokratie bereit, wegzunehmen, dort, wo wirklich etwas zu holen ist, nämlich bei der «Wirtschaft», das ist bei den Kapitalisten, da greifen sie nur hin, um nur noch mehr in die Taschen zu schieben.

Revolution in Portugal

Von den Ereignissen in Spanien beflügelt, ist es nun auch in Portugal zur Revolution gekommen. Unter der Führung der dorthin deportierten politischen Gefangenen hat sich die Bevölkerung der Insel Madeira erhoben. Die Garnison hat sich dem Aufstand angeschlossen. Auch die Azoren haben sich angeschlossen und ebenso Angola, die portugiesischen Kolonien in Westafrika. Die Versuche der portugiesischen Regierung, Truppen nach den aufständischen Inseln zu schaffen, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. In Portugal selbst wird die revolutionäre Gärung immer stärker, was wiederum befruchtend wirkt auf den **Fortgang der Revolution in Spanien.**

Riesige Bankgewinne

Die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft veröffentlicht als erste der Wiener Großbanken ihre Bilanz für 1930. Der Reingewinn ist um 1,3 Millionen Schilling gestiegen und wird mit 6,8 Millionen Schilling ausgewiesen. Der wirkliche Gewinn ist natürlich weit, weit größer. Ungezählte Milionen verschwinden zunächst in Form von ungeheuren Gehältern und Tantiemen in den Taschen der Verwaltungsräte und Direktoren, die zugleich Hauptaktionäre sind. Ungezählte Millionen verschwinden als Gewinn aus Spekulationen auf dem Rücken der Bank in den Taschen dieser Obermacher. Ungezählte Milionen werden unter allen möglichen Titeln (Abschreibungen und dergleichen) versteckt. So gewaltig war der Gewinn der Bank, daß sie trotz der Krise eine Steigerung des Gewinnes sogar ausgewiesen hat. Und da schreit sich die Sozialdemokratie die Kehle wund, in Oesterreich sei kein Geld, die arme Bourgeoisie habe nichts. In der Tat, bei den Arbeitern und Angestellten und bei den ausgeplünderten Mittelschichten in Stadt und Dorf ist kein Geld — aber bei der Bourgeoisie ist Geld genug, sie zieht es aus den Taschen aller anderen, und gerade die Krise ist die Zeit, wo sie die größten Fischzüge macht. Die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft zahlt für 1930 eine Dividende von S 10.50 pro Aktie. Wie man sieht, brauchen die armen Aktionäre keine Arbeitslosenunterstützung. An Steuern hat die Bank um S 319.683 weniger gezahlt als 1929: Dies, obwohl ihr Riesengewinn riesig gestiegen ist. Wie man sieht, ist die christliche Regierung sehr fürsorglich: den armen Banken schenkt sie die Steuern und hält sich schadlos — an den Arbeitslosen.

Beim Wort nehmen!

«Wenn» . . .

Die «Arbeiter-Zeitung» vom 1. April schreibt: «Wenn die Regierung Ender-Schober glaubt, unsere soziale Institution zu zwei Dritteln im Dienste des Schwarzenbergplatz und zum letzten Drittel im Interesse schäbiger christlichsozialer Parteibedürfnisse zerschlagen zu können, so erwarte sie von uns keine Schonung, keine Verständigungsbereitschaft mehr. Die Sozialdemokratie war zur sachlichen Zusammenarbeit bereit und hat das durch die Tat ausgiebig bewiesen. Wenn die sachliche Zusammenarbeit fürderhin unmöglich wird, so danke man das alles vor allem Resch!

In seiner jetzigen Form . . .

In derselben Nummer der «Arbeiter-Zeitung» schrieb Böhm, der sozialdemokratische Obmann der Baugewerkschaft: Dieser Gesetzentwurf in seiner Form «wird nie Gesetz werden», weil sich die gesamte Arbeiterschaft «mit allen Mitteln» zur Wehr setzen wird . . .

Dieser Entwurf . . .

Am 4. April schreibt die «Arbeiter-Zeitung»: Rücksichtsloser Kampf! Die erweiterte Vorständekonferenz der Gewerkschaften über den Generalangriff auf die sozialen Rechte . . . Der Referent Huppert sagte nach der «Arbeiter-Zeitung»: . . . Der ganze Entwurf gehört in die Hölle nicht nur ein Quaderstein! . . . Gegenüber dem, was der jetzige Gesetzentwurf uns zumutet, muß man geradezu Sehnsucht nach dem ehrwürdigen Gesetz vom Jahre 1888 haben . . . Wir müssen einmal einen «Akt setzen», um den Herrschaften in Erinnerung zu bringen, daß wir noch auf der Welt sind . . . Sie sollen unseren Widerstand kennen lernen «bis zum Aeußersten» . . . Diesem Schwindelentwurf «mit allen Mitteln entgegentreten» . . . Diese Altersversicherung ist für uns «unannehmbar» . . Dieser Entwurf ist für alle arbeitenden Menschen in Oesterreich «unannehmbar» . . Wir müssen gegen diesen Entwurf Stellung nehmen, nur gegen ihn, nicht zu ihm, denn dieser Entwurf existiert für uns nicht. Wir wollen ihn beseitigen und mit dem Entwurf meinetwegen auch das ganze Ministerium für soziale Verwaltung und den Minister Resch. Wir brauchen sie nicht. Weg mit der Vorlage, weg mit dem Ministerium!

Dieser Entwurf . . .

Und Janetschek, der sozialdemokratische Obmann-Stellvertreter des Metallarbeiterverbandes, sagte nach der «Arbeiter-Zeitung»: In eine Diskussion über diesen Anschlag lassen wir uns überhaupt nicht ein . . . Dieser Entwurf besteht für uns nicht, wir werden ihn (diesen) Entwurf «mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln» bekämpfen, bis er beseitigt ist . . . Wir werden die Massen gegen den (diesen) Entwurf aufrufen . . .

Gegen diesen Entwurf wird auch eine «Reichskonferenz» einberufen werden . . . die sich auch mit allen «Aktionen» beschäftigen wird, die notwendig sind, um zu verhindern, daß dieser Entwurf verwirklicht werden soll . . . Wir sind entschlossen, gegen diesen Anschlag aufzutreten «mit allen Mitteln», daß diesen Herren «hören und sehen vergehen» wird . . . Wenn die Herrschaften selbst jede Vernunft verloren haben, haben wir «keine Ursache mehr, jemanden zu beruhigen» . . Die Folgen einer weitgehenden und «mit allen Mitteln» durchgeführten Abwehr sind ja «unausdenkbar» (also scheint Herr Janetschek ernstlich an eine solche Abwehr gar nicht zu denken! . . .) Aber, wenn wir sehen, daß wir auch so alles verlieren sollen, daß man uns noch schlechter stellen will als in der Zeit der Monarchie (soweit haben wir es nämlich unter der glorreichen Sozialdemokratie gebracht! . . .) Dann wird es notwendig sein, den Arbeitern zu sagen: jetzt treten wir auf und wehren uns «mit allen Mitteln» gegen diesen Anschlag! . . . Denn eine Wirtschaft, in der man uns die Zerstörung aller sozialen Rechte zumutet, hat für uns jedes Interesse verloren. Darum werden wir diesen Entwurf bekämpfen, nicht nur mit parlamentarischen, sondern «auch mit außerparlamentarischen Mitteln» . . . Mit uns kann man über diesen Entwurf nicht diskutieren, gegenüber dieser Vorlage gibt es für uns nur eines: «Rücksichtsloseser Kampf mit allen Mitteln und unter allen Umständen», bis dieser Angriff endgültig abgeschlagen ist.

Der «Eisenbahner» schreibt in Nr. 15 am 10. April unter dem Titel «Warnung an die Sozialreaktion»: Wir appellieren «nicht mehr» an das Gerechtigkeitsgefühl der herrschenden Klasse; die Arbeiterklasse hat den Glauben daran längst verloren. Für uns gibt es seit langem nur eines: Den «Kampf»!

In dieser Zeit . . .

Am 12. April schreibt die «Arbeiter-Zeitung»: Das Barometer zeigt auf Sturm! Jetzt scheinen am Horizont wieder Sturmwolken aufzuziehen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, nähern wir uns einem gefährlichen Wendepunkt! . . . Gerade diese Zeit, in der sich ihre Schwierigkeiten ohnehin häufen, hat sich die Regierung zu einem Generalangriff auf die Arbeiter und Angestellten ausgesucht . . . . Wer glaubt, daß man über diese Dinge (Sozialversicherung, soziale Rechte) ein Kompromiß schließen könte, wie man über die Verfassungsreform oder über die Abgabenteilung ein Kompromiß geschlossen hat, der täuscht sich vollständig. Hier handelt es sich um entscheidende Lebensfragen jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten — sie zwingen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften zum entschlossensten, hartnäckigsten «unbedingten Widerstand» . . . Wenn es die Regierung glücklich wagen sollte, in einer Zeit, die ohnehin vollschwerster Gefahren ist, mit den Resch-Vorlagen vor das Parlament zu kommen, so wird sie die leidenschaftlichsten Kämpfe entfesseln.

Arbeiterkammertag.

«Die Arbeiter-Zeitung» vom 14. April berichtet über den Arbeiterkammertag: Der Arbeiterkammertag hat gesprochen. Einstimmig hat die gesetzliche Interessenvertretung der gesamten Arbeiterklasse die Schandentwürfe des Herrn Dr. Resch abgelehnt. Nicht nur etwa in irgendwelchen Einzelheiten, sondern überhaupt «als Grundlage für weitere Beratungen abgelehnt». Damit hat die Arbeiterklasse selbst es ausgesprochen: Diese Entwürfe sind keine Verhandlungsgrundlagen — sie kann man nicht im einzelnen verbessern, sie sollen wir als ganzes niederringen . . . Der Präsident der Wiener Arbeiterkammer Weigl bezeichnete den vorliegenden Entwurf als völlig indiskutabel und sagte: Hat niemand bedacht, welche schwere Erschütterungen unseres (!!!) Staates damit heraufbeschworen werden könnten, wenn man Zehntausende zum Hungern verurteilt . . . Der Entwurf ist unannehmbar . . .

Diese Vorlage.

Namens der freien Gewerkschaften erklärte Schorsch: Die freien Gewerkschaften lehnen diese Vorlage eindeutig und einmütig ab. Wir können uns diesmal nicht bloß darauf verlassen, daß irgendeine erträgliche parlamentarische Erledigung des Gesetzes erfolgen werde, sondern die Gewerkschaften müssen bereit sein, ihre Errungenschaften unter Umständen auch selbst zu verteidigen. Das ist keine Drohung, sondern entspricht nur dem Gedankengang der breitesten Masse des Volkes. Das, was wir in der Monarchie und dann in der Republik Stück für Stück unter den schwersten Opfern erreicht haben, werden wir uns nicht unter dem Deckmantel der Wirtschaftskrise mit einem Federstrich beseitigen lassen: «Diesmal geht's ums Ganze!» (Das hat die Sozialdemokratie das haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer genau so beim Mieterschutz erklärt, dann bei der Verfassungsreform, dann beim Abgabenteilungsgesetz und dennoch haben sie die Arbeiter immer wieder preisgegeben.) Schliessen wir der parlamentarischen Aktion die außerparlamentarische an! . . .

Muchitsch sagte namens der Grazer Arbeiterkammer, daß diese Vorlage unannehmbar ist . . . Klein erklärte namens der Angestelltenorganisationen: Deshalb glauben wir nicht an die friedlichen Absichten der Regierung, solange «auch nur ein Buchstabe dieser Vorlage stehen bleibt . . . Die Regierung hat nur eine Konsequenz zu ziehen: Schleunigst diese Vorlage zurückzuziehen . . . Böhm (Obmann der Bauarbeitergewerkschaft) sagte: Ich bin überzeugt, daß die österreichischen arbeitenden Menschen eine Vorlage wie diese «unter gar keinen Umständen» sich bieten lassen können, daß sie jeden Kampf» auf sich nehmen werden, um diese Vorlage abzuschütteln . . . Schließlich erklärte Huppert (Sekretär der Lebensmittelarbeiter): Weg mit diesem Entwurf, wir sollen darüber nicht reden! In Wirklichkeit haben die sozialdemokratischen Führer schon ganz dicke Wälzer über diesen Entwurf zusammengeredet und das ganze Gerede läuft darauf hinaus: die Bourgeoisie möge ihren getreuen sozialdemokratischen Lakaien einige Konzessionen in Form eines neuen Entwurfes machen, worauf dann die sozialdemokratischen Lakaien den Arbeitern die Ohren vollschreien sollen: Sieg! Die Bourgeoisie mußte die Vorlage zurückziehen und eine neue Vorlage einbringen . . . Aber die Herrschaften sollen sich nicht einbilden, daß sie dieses Spiel, daß sie nun schon viermal vorgespielt haben, zum fünftenmal werden wiederholen können, ohne daß die Arbeiter daraus ernste Konsequenzen ziehen!

Nehmt sie beim Wort!

Die Arbeiter müssen die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beim Wort nehmen und unnachgiebig fordern, daß sie ihre radikalen Worte wahr machen.

Allerdings, wenn die Arbeiter heute schon die radikalen Schlager der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, deren Wortlaut wir oben angeführt haben, genau lesen, so werden sie finden, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften die Resch-Vorlagen nur in der vorgelegten Form ablehnen, das heißt sie verlangen Konzessionen, sind aber bereit, die geplante «Reform» der Sozialversicherung und der sozialen Rechte mit einigen Konzessionen zu schlucken.

Je mehr die Arbeiterschaft darauf beharren wird, daß die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften ihre radikalen Worte wahrmachen desto deutlicher werden sie erkennen, daß hier mit etwas mehr Auftrumpfen die sozialdemokratische Taktik wiederholt wird mit der die Arbeiter bei der Mietenvorlage beim Antiterrorgesetz, bei der Verfassungsreform, bei der Abgabenteilung, getoppt wurden. Bei der Mietenvorlage hat es sich ebenfalls um entscheidende Lebensfragen jedes Arbeiters und Angestellten gehandelt beim Antiterrorgesetz, bei der Verfassungsreform, beim Abgabenteilungsgesetz ebenfalls. Arbeiter, nehmt sie beim Wort!

Laßt Euch nicht foppen, übt schärfste Kontrolle, nehmt sie beim Wort!

40 Stundentag

Ueberall hat die Bourgeoisie den Achtstundentag durchlöchert, durchbrochen, über den Haufen gerannt. Auch dort, wo der Achtstundentag eingehalten wird, arbeiten die Arbeiter mindestens 12 Stunden. Die rationalisierte Arbeitsstunde von heute ist mindestens soviel wie 1½ Arbeitsstunden von 1920. In einer Arbeitsstunde von heute wird aus dem Arbeiter durchschnittlich mindestens um 50 Prozent mehr Arbeitskraft herausgepumpt, bekommen tut er dafür allerdings real weniger als 1920. Die Sozialdemokratie hat überall auf der Welt beim Durchbrechen des Achtstundentages wacker mitgeholfen. Derselbe Otto Bauer, der heute dicke Wälzer über die Fehlrationalisierung zusammenschreibt, war nicht müde, den österreichischen Arbeitern «die hohen amerikanischen Löhne» zu preisen und den österreichischen Kapitalisten den Mister Ford als Muster vorzuhalten, der den Arbeitern «hohe Löhne» zahle. Daß Ford zwar um 100 Prozent höhere Geldlöhne zahlt, dafür von den Arbeitern eine 300prozentige Arbeitsleistung fordert, über diese Kleinigkeit sind Otto Bauer, die «Arbeiterzeitung», die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse großzügig hinweggegangen. Erst in allerletzter Zeit beginnen die sozialdemokratischen Herrschaften, so wie wenn nichts geschehen wäre, etwas anderes zu pfeifen.

Die deutsche Bourgeoisie schreit nach der 40-Stundenwoche. Flugs sind die Bauer und Konsorten da und schreien ebenfalls nach der 40-Stundenwoche. Jetzt halten sie den österreichischen Kapitalisten statt Ford die deutschen Kapitalisten als Muster vor.

Was bedeutet diese Lösung der 40-Stundenwoche?

Zunächst einmal folgendes: Diejenigen Arbeiter, die jetzt im Betriebe noch voll beschäftigt sind, sollen statt 48 Stunden nur 40 Stunden arbeiten. Im gleichen Maße sollen allerdings auch ihre Löhne gesenkt werden, also um ein Sechstel. Ueber diese mehr als 15prozentige Lohnsenkung gehen jedoch Bauer und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer still hinweg. Sie haben so viele Lohnsenkungen ermöglicht, daß es ihnen auf mehr oder weniger nicht mehr ankommt.

Auf diese Weise soll Platz geschaffen werden für die Einstellung einer größeren Zahl Arbeitsloser in die Betriebe mit ebenfalls 40 Arbeitsstunden und mit ebenfalls um mehr als 15 Prozent gesenkten Löhnen.

Das Ergebnis, das so erzielt werden soll, ist also eine allgemeine Herabsetzung der Löhne. Der Teil von Arbeitslosen, der so in den Betrieben untergebracht werden soll, wird als Vorspann mißbraucht, um allen Arbeitern ohne Unterschied, auch den einzustellenden arbeitslosen Arbeitern die Löhne zu senken.

Und das Glück dieser eingestellten arbeitslosen Arbeiter wird nicht lange dauern. Denn einmal so alle Löhne gesenkt, ist dadurch den Kapitalisten die Ausgangsbasis geschaffen — für eine weitere Senkung aller Löhne. Um der schönen Augen des Herrn Otto Bauer willen werden die Kapitalisten die Rationalisierung nicht einstellen.

Sie werden von den Arbeitern wieder größere Arbeitsleistungen erpressen — trotz der allgemeinen Lohnsenkung! Sie werden so wiederum Arbeiter überflüssig machen, zur Arbeitslosenarmee schicken. Bei alledem wird die Sozialdemokratie so wie heute helfen, die Arbeiter durch alle möglichen Phrasen und Illusionen über den wirklichen Prozeß zu täuschen, ihre Gegenwehr lähmen und der Bourgeoisie die praktische Durchführung erleichtern.

Laßt euch durch die Phrasen, durch die Illusionsmacherei der Sozialdemokratie nicht betören! Ihr habt schon genug draufgezahlt! Verkürzung der Arbeitszeit, ja — aber bei unverkürztem Lohn! — das muß die Losung der Arbeiter sein.

Geburtenrückgang Erhöhte Sterblichkeit

Nach dem Bericht der Magistratischen Abteilung für Statistik kamen im Jänner 1931 in Wien 1289 Kinder lebend zur Welt, um 162 weniger als im Jänner 1930. Gestorben sind im Jänner 1931 2834 Personen, um 504 mehr als im Jänner des Jahres 1930.

Die fortschreitende Verelendungsoffensive der Bourgeoisie führt zum Rückgang der Geburten und zum Wachstum der Sterblichkeit.

Die Sozialdemokratie begründet ihre Politik vor Arbeitern sehr oft damit, daß sie dem Proletariat Opfer erspare. Die trockenen Zahlen der Statistik zeigen jedem Arbeiter sehr lebendig, wie dieses «Opfer ersparen» ausschaut.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunngasse 41 und 62, Reumannhof, Hundsturmplatz, Domeshof.

STEIERMARK

Finale

zur hahnenschwänzlerischen Menschenjagd von Peggau

Aristokraten, Akademiker kurz Mitgliede der Blüte der Nation lechzten nach Heldentaten. Das Blut der Ahnen, die hintern Busch als Strauchritter das arme Volk beraubten oder zur Belustigung erschlugen rebellierte in den blaublütigen Adern. Deshalb bestiegen sie kampflustig ihre schnaubenden Schlachtrösser (pardon: ratternde Autos) und zogen los. Die Grafen Czernin die Ritter von Sborovsky, mit ihnen der Troß à la Windisch.

Es war gerade Konjunktur, das Abwandern vom Grazer sozialistischen Jugendtag Die Landstraßen waren voll von armen Jungens, die viel Begeisterung im Herzen aber zu wenig Geld im Beutel zur Rückfahrt hatten und daher zu Fuß marschierten. Bei Peggau fuhr die Faschistenhorde in die Jungsozialisten, warf die 15- und 16jährigen mit wuchtigem Anprall ihre Motore in den reißenden Murfluß, feuerte auf die stürzenden Sozialisten und fuhren mit verhüllten Gesichtern wieder davon. Balkanräuber sind Gentlements gegen hahnenschwänzlerische Aristokraten. Oswatitsch war Vorsitzender der Verhandlung Oswatitsch . . . allein der Name genügt um hundert Angeklagte in Schrecken und Angst zu versetzen. Oswatitsch als Richter zu haben, heißt verurteilt zu sein. — Heute ber ist er Wonne und Waschtrog. Sborovsky, kommt zuerst eine Stunde zu spät ler Arme hatte, da er Advokat ist, im Nebensaal einen Angeklagten zu verteidigen. Der Wegelagerer, der vor den Schranken sich eines feigen, erbärmlicher Verbrechens verantworten soll — verteidigt im Nebensaal einen anderen! Die Angeklagten sind zynisch und frech. Oswatitsch sieht und hört nichts. Sborovsky rennt einmal wütend hinaus und haut hallend die Tür ins Schloß. Oswatitsch hat kein Wort der Rüge. Ich habe diesen Richter kaltlächelnd Menschen, deren Fall psychologisch, menschlich klar lag, wegen geringer Verirrungen auf Jahre ins Zuchthaus schicken gesehen. Aber diesmal hat er — **freigesprochen!** Ja es waren ja Söhne der **Bourgoisie**. — Ein einziger erlitt eine kleine Strafe. Ausgerechnet Windisch. Vier Monate.

Aristokraten zogen aus auf Menschenjagd. Aristokraten haben sich auf hahnenschwänzlerische Art amüsiert. Und ausgerechnet nur der Bäckergeselle Windisch kam zum Sitzen . . .

Ein roter Gerichtsreporter.

Faschistenüberfall

Am 10. April abends plakatierten einige Jungarbeiter in Eggenberg Werbezettel. Plötzlich wurden sie von Faschisten überfallen, die kurzerhand auf die Jungarbeiter zu schießen begannen. Die «demokratische» Polizei verhaftete — die Jungarbeiter und zwar die Genossen Erich **Kernmayr** Franz und Hubert **Kerscheintsch**, Florian **Neger**, Fritz **Beric**, Max **Schwarz** und Stefan **Ostreuch**. Die schießenden Faschisten ließ die Polizei ungeschoren. Die Verhafteten wurden dem Grazer Landesgericht eingeliefert wegen versuchter schwerer Körperverletzung und Uebertretung des Waffenpatentes. Die Jungarbeiter waren unbewaffnet, es wurden auch keine Waffen bei ihnen gefunden. Auch die am 11. April vorgenommenen Hausdurchsuchungen blieben ergebnislos.

Städtisches Versorgungsheim

In der Altersheimgasse steht ein düsterer, zuchthausähnlicher Bau. Das Grazer Altersheim . . . An die tausend Männ- und Weiblein werden dort von «barmherzigen» Schwestern betraut. Ein steinalter, immer organisierter Arbeiter kam in unsere steirische Redaktion. Wir lassen ihn selber erzählen:

Schon als ganz Junger war ich organisiert. Hab fest mitgeholfen, daß der Herr Genosse Muchitsch hinauf gekommen ist. Damals hab ich oft Arbeit verloren, weil ich ein Roter bin. Immer haben sie uns erzählt, daß sie für die Altersversorgung kämpfen, wenn die Partei stark genug ist. Jetzt aber haben sie wohl auf uns vergessen.

Wir schlafen achtzehn in einem Zimmer. Ich wünschte mir immer im Alter einen stillen Raum. Nun sind's achtzehn in einem Zimmer. Das Essen, das wir bekommen, ist geschmacklos und ohne Schmalz. Beschweren darf sich jedoch niemand. Da heißt es gleich: **Ihr seid nur zum Ableben da.** Auf eure Plätze warten schon dutzend andere. **Wenn's euch nicht paßt: Hinaus!** Gerade daß sie nicht sagen: Ihr seid zum Vertilgen da!

52 S habe ich Altersrente. 42 S nimmt mir die Gemeinde weg. Es geht uns sehr schlecht. Wir, die wir für ein sorgenfreies Alter gekämpft haben, sind heute der «Gnade» überwiesen . . .

Faschistenüberfall

In der Nacht vom 14. März überfielen 26 Eggenberger Hahnneschwänzler, unter ihnen der Exstalinist **Moik** und der Revolverheld **Bisjak**, unsere Genossen **Franz Krug** und **Hubert Kerscheintsch** in der Junggasse. Während Krug mit einigen Knüttelhieben davon kam, wurde Hubert von den entmenschten Bestien bewußtlos geschlagen und getreten. Ununterbrochen schlugen die Faschisten auf den wehrlos am Boden Liegenden ein, bis sie selber ermüdeten. Einer dieser Hahnenschwanzbanditen **beraubte** den Wehrlosen seiner Kappe. Nach Vollbringung ihres Schurkenstreiches zogen die Hahnenschwänzler lachend weiter.

Hinein in die Wehrsportorganisation der linken Kommunisten und revolutionären Sozialdemokraten! Macht Schluß mit dem Faschistenterror!

Ein Wehrsportler.

„Menschlichkeit"

In der Georgigasse (Eggenberg) stürzte eine halbverhungerte arbeitslose Frau an Ermattung zusammen. Nach qualvollen Minuten rattert das Rettungsauto heran. «Unterernährung» konstatiert der junge Amtsarzt nach kurzer Labung Das Weib ist außerstande, sich aus dem Straßenkot zu erheben. «Wird überführt?» trägt ein Rettungsmann. «Hm» — schluckt der Arzt nervös — «wer zahlt die Ueberführung?» Erst als der Gemeindewachmann versicherte, daß die Frau gemeindezuständig ist und somit die Gemeinde Eggenberg für die Ueberführung aufkommen muß, gab der Arzt die zustimmende Weisung. **Wer** zahlt? . . . Prolet sonst kannst du im Straßengraben verrecken!

Ein roter Wehrmann.

Braune Bestien

Das Gasthaus «Roter Turm» neben der Herrengasse ist das Bereitschaftslokal der «S. S.» der Grazer Hitlerfaschisten Ahnungslos ging am 13. März vormittags der Handlungsreisende E. B. in das Gasthaus wo er sich mit zwei Kollegen bestellt hatte. Kaum öffnete er die Türe, als zwei Hitlerrecken sich mit dem Gebrüll «Juden hinaus!» auf ihn warfen und ihn brutal auf die Gasse stießen, wo er in einen Schneehaufen stürzte. Als die Polizei erschien hatten die feigen Faschisten es vorgezogen sich hinter die Rockschöße ihrer Wirtin zu verbergen, die die hackenkreuzlerischen Wegelagerer in der Küche versteckte. Bei Abnahme des Nationale stellte es sich heraus, daß der eine 1000prozentige Deutsche, ein Stockwindischer war . . .

Arbeiter! Macht Schluß mit dem faschistischen Verbrechergesindel!

Ein Reisender.

Theorie und Praxis

Anläßlich einer Hahnenschwanzprovokation in Eggenberg wurde ein Eisenbahner verhaftet. Er heißt Franz S. Die **Rote Hilfe** nahm sich durch ihren Funktionär, dem Stalinisten Franz **Hirzer**, des Falles an und versprach zu der Verhandlung mit Rat und Tat beizustehen. Franz Hirzer schrieb sogar an unsere Genossen: «— — — auch bei Gen. S. ist es eine Selbstverständlichkeit, daß soweit es in unseren Kräften liegt, wir ihm helfen werden!»

Wir verließen uns zwar nicht auf die politische Anständigkeit der Stalinisten, weil wir die ja zur Genüge kennen, aber hielten doch den Hirzer nicht für fähig, einen bedrängten Arbeiter feig im Stiche zu lassen.

Man soll aber diese Herrschaften nicht zu hoch schätzen. Trotzdem Hirzer, die geistige Größe der Eggenberger Stalin-Automatschiki, persönlich versprach zu helfen, sogar schriftlich zusicherte und bis zum allerletzten Moment erklärte, daß ein Rechtsanwalt kommen würde, erschien zur Verhandlung kein Teufel und wurde der Arbeiter durch die Stalinisten, besonders aber durch Franz Hirzer schutzlos dem bürgerlichen Gerichte ausgeliefert.

Dieser Hirzer ist ein typisches Beispiel der Lakeien des Stalin: Sehr radikal — sehr revolutionär — sehr solidarisch — aber nur mit dem Maul.

Ein revolutionärer Arbeiter.

Die Heilstätte der Bundesbahnkrankenkasse in Schwarzau, St. Veit im Pongau

S 6.— bis S 3.50 wird für die Verpflegung bezahlt. Ein neunjähriges Eisenbahnermädel, das vier Monate in der Heilstätte war, berichtet:

Wir Kinder mußten vor und nach dem Frühstück, dem Mittagessen, dem Nachtmahl und noch im Bett **beten**. Alte Briefmarken mußten wir für die Heidenmission hergeben. Dafür bekam ich in der ersten Woche schon **Läuse**, die ich auch redlich mit nach Hause brachte, da sich um die «leiblichen» Bedürfnisse niemand so kümmert als wie um die seelischen. Als der Kaplan einmal ein Kinderfreundeheftchen bei mir sah, sagte er, daß die Roten die «Schwarzen» umbringen wollen und ich als Rote (da ich Falkin bin) noch die gut erzogenen, unschuldigen Kinder verderben werde. Von der Stunde an wurde ich nie mehr in Ruhe gelassen.

Feine Zustände in einer Einrichtung der Bundesbahnkrankenkasse, in der die sozialdemokratischen Bonzen die Exekutivgewalt innehaben.

Ein Eisenbahner.

Aussprüche zum merken:

Angesichts der entsetzlichen Abzüge, die die IBK sich gegenüber den hungernden Arbeitslosen leistet, äußerten sich **Hasida** (Obmann des freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschusses): «Immer besser eine verkürzte Unterstützung als gar keine . . .», und **Eppstein**: «Wir müssen unsern Führern dankbar sein, daß uns nicht mehr genommen wurde» . . . So schauen sie aus die sozialdemokratischen — «Kämpfer»!

Ein Arbeitsloser.

Arbeiterschicksal

Die «demokratische» Republik, die von der Sozialdemokratie nicht hoch genug gelobt werden kann, beweist durch ihr Verhalten immer wieder, daß sie nur eine verhüllte Klassendiktatur der Bourgeoisie ist.

Der 25 Prozent Kriegsinvalide Franz **Taucher**, von Beruf Monteur, erlitt im Dienste der Korksteinfabrik Mödling, als er bei der Firma Schweizer in Frohnleiten auf Montage war, infolge einer Rauchgasexplosion einen schweren Betriebsunfall. Monatelang laborierte er von einem Arzt zum andern, die ihn schließlich unfähig für schwere Beschäftigung befanden und ihm leichte, sitzende Arbeit verordneten. Bei dem Gerichte verpflichtete sich die Firma Korksteinfabrik Mödling, dieser ärztlichen Verfügung nachzukommen. Als der Invalide bei Arbeitsantritt um solche bat, **wurde er Knall und Fall entlassen**. Die Arbeiterkammern Wien und Graz aber erklärten, da könne man eben nichts machen . . .

Somit kann ein Unternehmer jedes dem Arbeiter gegebene Versprechen brechen, ohne daß er als Wortbrecher zur Verantwortung gezogen wird! Das Arbeitslosenamt stellte nach kurzer Zeit dem Invaliden die Unterstützung ein, da er laut ärztlichem Attest «nicht voll arbeitsfähig» ist, und daher nicht vermittelbar. Die Direktion des Arbeiter-Unfalls aber weigert sich beharrlich etwas zu zahlen, da der Unternehmer sich ohnedies gerichtlich verpflichtet habe, für eine leichte Beschäftigung Sorge zu tragen.

Und die Arbeiterkammern «können nichts machen». So geht das qualvolle Golgatha dieses Mannes, der fürs Vaterland seine Gesundheit opferte und im Dienste der kapitalistischen Ausbeuterei seine Arbeitsfähigkeit verlor, von Gericht zu Gericht.

Und trotz dieses handgreiflichen, wider jedes Gerechtigkeitsgefühl stoßenden Verhaltens der kapitalistischen Firma weist ihn eine Instanz nach der andern ab.

Die Arbeiter haben nichts von der Bourgeoisie zu erwarten und nichts von der Sozialdemokratie. Nur der proletarische Klassenkampf hilft!

Ein Invalider.

Bodenreform

Den Großgrundbesitzern ein Stückchen Land wegzunehmen — gegen volle Bezahlung und etliche landarme Bauern damit beteilen — gegen volle Bezahlung, woran diese armen Teufel 40 Jahre abzahlen sollen — das ist der Königsgedanke der kleinbürgerlichen Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Allein die SP ist schon so ins Eck geraten, daß sie nicht einmal mehr mit ihrer rein kleinbürgerlichen Forderungen Glück hat Sie hat durch ihre Politik die Position der Bourgeoisie so gefestigt, daß diese nun daran geht eine rein **bürgerliche** «Bodenreform» durchzuführen. Was an Gemeindeboden noch hier ist, soll umsonst oder gegen einen Pappenstiel den Großagrariern zugeschanzt werden Die landarmen Bauern, die Dorfarmut, die Landarbeiter vor allem werden daraus lernen, daß ihnen nur geholfen werden kann durch die **entschädigungslose Aufteilung** des Großgrundbesitzes, die nur möglich ist durch die Revolution der arbeitenden Massen unter Führung der kommunistischen Partei.

Hitlerstreit

Im Hitler-Lager toben schärfste Auseinandersetzungen. Hitler beginnt sich zum faschistischen Realismus zu mausern er entledigt sich der ärgsten Hitzköpfe, vor allem aber derjenigen, die dem Druck der nationalsozialistischen Arbeiterelemente nachzugeben bereit sind (mit dem Mau, nämlich). Es gehört zur sozialdemokratischen Illusionsmacherei, dies der Arbeitern als Liquidationsprozeß des Faschismus darzustellen. In Wirklichkeit vollzieht sich da nur die Umgruppierung von der faschistischen Romantik zum faschistischen Realismus. Der Faschismus wird nicht liquidiert durch irgendwelche inneren Differenzen deren Bedeutung nicht unterschätzt werden soll, sondern nur durch die revolutionäre Massenaktion des Proletariats, durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, durch Errichtung der proletarischen Diktatur, der ist des proletarischen Staates.

Lohnabbau — über Wunsch des Personals

Der Abbau bei den Straßenbahnen wird wie folgt durchgeführt: Dem Dienstesten werden bis zum 31. Mai 1932 neunzehn Feierschichten (das sind unbezahlte «Urlaubstage») eingelegt werden, und zwar an jedem Monat nicht mehr als zwei In dieser Weise werden den Straßenbahnern bis Ende Mai 1932 neunzehn Taglöhne abgezogen werden, das macht rund 15 S im Monat oder insgesamt etwa einen halben Wochenlohn.

Es ist richtig, daß die Straßenbahner vor die Wahl gestellt, entweder dieses Opfer alle oder den Abbau eines Teiles der Belegschaft auf sich zu nehmen, der Solidarität folgend das erstere getan haben.

Aber wer hat die Straßenbahner vor diese Wahl gestellt? Wer hat sie gezwungen, zu wählen zwischen Kündigungen oder Kurzarbeit, zwischen Solidaritätsopfer oder Abbau eines Teiles der Belegschaft? Die sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Wien. Also die **Sozialdemokratie**. Wenn die «Arbeiter-Zeitung» schreibt, dies sei über Wunsch des Personals geschehen, so weiß man, wie dieser «Wunsch des Personals» zustande gekommen ist.

Was im Verhältnis zwischen den Straßenbahnern Solidaritätsopfer, ist im Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Straßenbahnern Lohnabbau. Es ist ein Schwindel, die Aktion der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde als «Solidaritätsopfer» hinzustellen. Die Straßenbahner bringen einander **ein Solidaritätsopfer**, das ist wahr — aber die sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Wien, die Millionen und Millionen an Steuern den Reichen schenkt, die Millionen und Millionen den faschistischen Landesregierungen abtritt (Abgabenteilung), die soll nicht von Solidarität schwätzen. Solidarisch ist die sozialdemokratische Gemeindepolitik, aber solidarisch mit den Interessen der Bourgeoisie, kleinen Schichten der Arbeiterschaft läßt sie da und dort kleine Vorteile zukommen, die große proletarische Masse hat die Kosten der sozialdemokratischen Politik zu bezahlen.

Zollunion

Was wir in der vorigen Nummer der «Arbeiter-Stimme» über die deutsch-österreichische Zollgemeinschaft ausgeführt haben, tritt nunmehr immer deutlicher zutage. Es ist im wesentlichsten ein Versuch der deutschen und österreichischen Bourgeoisie, vom französischen Imperialismus Konzessionen, Erleichterungen herauszubekommen. Nunmehr hat die englische Bourgeoisie durch den Sozialdemokraten Henderson die Brüning und Curtius nach England eingeladen, um zu vermitteln und zugleich einen leisen Druck auf Frankreich auszuüben zwecks Konzessionen an Deutschland und Oesterreich. Die französische Bourgeoisie ist darüber sehr erbittert. Henderson verfolgt zugleich den Zweck, die deutsche Bourgeoisie auf die Seite der englischen herüberzuziehen und — die Sowjetmacht zu isolieren.

„Rettungsp an" des interna ionalen F.nanzkapitals

Die Bank von England hat einen Plan ausgearbeitet zur «Wiederherstellung des Wohlstandes in Europa» durch eine Aktion der großen Notenbanken. Es soll anleihesuchenden Ländern Geld beschafft werden bei hinreichender Sicherstellung der Anleihegeber. Zunächst sollen Deutschland und Oesterreich und die osteuropäischen Länder, aber auch die Länder, welche Rohstoffe ausführen, berücksichtigt werden, wie Argentinien und Australien.

Der wirkliche Zweck ist dieser: Zunächst einmal sollen Hoffnungen, Illusionen, hervorgerufen werden, die in den nächsten Monaten darüber hinweghelfen sollen, daß sich die Wirtschaftskrise da und dort etwa in schweren politischen Krisen entlade. Dann aber spüren die internationalen Haifische, daß jetzt die Zeit gekommen ist zum Hauptraubzug, um die durch die Krise geschwächten Unternehmungen, Kartelle, Trusts, in ihren Rachen zu bekommen. In Deutschland und Oesterreich soll dadurch das Verlangen nach dem Anschluß etwas gedämpft werden. Vor allem aber soll, wie gesagt, verhindert werden, daß in dem durch die Wirtschaftskrise fast in allen Ländern aufgelockerten Boden der bolschewistische Samen sich tiefer verwurzelt.

Anzeichen wirtschaftlicher Besserung

Aus Amerika und England kommen einzelne Nachrichten von ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Besserung. Lange genug dauert schon die Krise. Im Herbst 1929 hat sie in Amerika begonnen, dauert also schon 18 bis 20 Monate. An die neben Millionen Arbeiter «feiern» schon seit langer Zeit. Die Produktion in Amerika wurde also gedrosselt. Zu gleicher Zeit wurde eine respektable Zahl von kleinen, mittleren großen Unternehmungen liquidiert. Das wird noch eine Zeitlang so weitergehen, bis der Spielraum groß genug ist, dann werden die Siegel ankurbeln. Das wird auch allmählich auf Deutschland und schließlich, spät und abgeschwächt, auch auf Oesterreich übergreifen. Aber lange wird die Herrlichkeit nicht dauern. Auch nicht in Amerika. Die neue Prosperität wird kurze Beine haben. Eine neue, noch schwerere Krise wird folgen, aus der die Kapitalisten durch Entfesselung des zweiten Weltkrieges den Ausweg zu einer neuen Atempause suchen werden.

He d Schmulius

Der Militärverband hat getagt. Held Schmulius hielt eine politische Ansprache und vor ihm sprach sein Unterläufel Stransky. Ein Jammern war's, ein Jammer. Sie Jammerten über die Zustände, über den reaktionären Kurs im «republikanischen» Heer. Aber war es nicht die Sozialdemokratie — Deutsch und seine Unterläufel waren die ausführenden Organe der sozialdemokratischen Politik — die diesen reaktionären Kurs eingeleitet? Hat nicht die Sozialdemokratie selbst, um nur ein Beispiel zu nennen, im Wehrgesetz des Deutsch die Soldatenräte liquidiert?! Verdankt doch in Wirklichkeit gerade dieser Liquidierung der Soldatenräte der Militärverband seine Geburt. Der Militärverband werde die Soldatenräte ersetzen, ja er werde die Position der proletarischen Soldaten in der Wehrmacht verstärken, so logen die Deutsch und Co. 1920 den Arbeitern vor, daß sich die Balken bogen. Das Ergebnis der glorreichen Heerespolitik der Sozialdemokratie liegt vor den Augen. Wer nicht sehen will, sondern hören, der höre das Geschmus des Schmulius Deutsch und seines Unterläufels auf dem Verbandstag des Militärverbandes: Ein Jammern war's, ein Jammer. Herausgekommen ist dabei eine lahme Resolution, über die die Hühner des Herrn Vaugoin vor dem Schlafengehen lachen. Da wird etwas gestottert von «republikanischer Erziehung» und dergleichen. Aber kein Wort wird gesagt, was die «mächtige», pardon, mächtig dicke Sozialdemokratie denn praktisch machen will, um ihre republikanischen Wünsche durchzuführen. Ein Jammern, ein Jammer. Echt Schmulius Deutsch, echt Sozialdemokratie, nur Jammern und Jammer! Zupacken, durchgreifen, das kennt die Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie im Rücken — gegen die revolutionären Arbeiter.

Arbeiterkulturbund „SPARTAKUS"

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. B 30-6-58.

Jeden Freitag von ½8 bis 10 Uhr abends.

Wir machen auf die gemeinsam mit der K. P. Oe. (Opposition) veranstalteten, an anderer Stelle des Blattes angekündigten Bildungsabende aufmerksam.

26. April. 9½ Uhr: Endstation Strebersdorf. Nachzügler um 1½ Uhr Endstation Strebersdorf. Treffpunkt 3 Uhr Magdalenenhof auf dem Bisamberg.

1. Mai. 2½ Uhr: Endstation 43, Neuwaldegg. Nach Rohrerhütte.

3. Mai. 9½ Uhr: Endstation Mauer. Nach Laab. Nachzügler 1½ Uhr Endstation Mauer. Treffpunkt 3 Uhr beim Grünen Baum.

Mordanschlag Stalins gegen Trotzky

Die Pariser «Verité» berichtet auf Grund authentischer Nachrichten aus Prinkipo: «Es ist nicht möglich, anzugeben, inwieweit die Brandlegung zurückzuführen ist auf ein Attentat. Wir schließen diese Annahme keineswegs aus, weil wir wissen, daß die stalinische Bureaukratie vor keinem Mittel gegen die Linksopposition zurückschreckt, um die Linksopposition zu unterdrücken und ihren Führer Trotzky zu beseitigen. Trotzky wurde aus Sowjetrußland verbannt und wurde gehindert, sich anderswo hin zu begeben, als in die Türkei. Dies dank der Intrigen Stalins mit der internationalen kapitalistischen Diplomatie. Trotzkys Existenzbedingungen daselbst sind sehr schwierig und ganz besonders im Falle eines Feuers ist jede Hilfe unmöglich. Wozu wir beifügen: Gerade auf diese Unmöglichkeit hat der Verbrecher Stalin spekuliert. Wir sind nach wie vor absolut überzeugt: der Brand wurde im Auftrag Stalins von seinen bezahlten Agenten gelegt, um Trotzky zu ermorden, oder wenigstens am weiteren Kampf für den Leninismus möglichst zu hindern. Stalin hat ihn verbannt, in die Türkei gezwungen, für alles, was Trotzky geschieht, ist der Verbrecher Stalin vor der Arbeiterschaft der Welt verantwortlich.

Ehe-„Reform"

Nun wissen wir es. Es soll eine dem Klerikalismus passende Ehe-«Reform» durchgeführt werden. Durch Konkordat, das heißt durch Vertrag mit dem Vatikan. Diese «Reform» will sich der Vatikan außerdem noch bezahlen lassen — durch Einführung der konfessionellen Schule. Um 70 Jahre zurück soll die Schule zurückgeschraubt und den Pfaffen wieder ausgeliefert werden. Die Rede des Bundeskanzlers war so orakelhaft, daß da manche Ueberraschung noch bevorsteht. Vielleicht gar eine Art «Notopfer für die notleidende Kirche» . . .

Der blaue Expreß

Der «neutrale» Volksbildungsverein

Auf Wunsch der chinesischen Faschistenregierung wurden bei der Aufführung des russischen Filmes «Der blaue Expreß» im Volksbildungshaus, V., Stöbergasse, von den Billetteuren Flugzettel verteilt, in welchen «den Auffassungen des Filmes» entgegengetreten wird. Dazu einige Feststellungen. Der Film ist gut, aufrüttelnd und wahr. In ihren brutalen und blutigen Ausrottungs- und Kampfmethoden gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern besteht zwischen der Nord- und Nankingregierung kein Unterschied. Beide waten im Blute des chinesischen Volkes. Die Kuomintangfahne ist zum Symbol der Unfreiheit der Arbeiter und Bauern, zur Fahne der chinesischen Kontterrevolution geworden und wurde oft genug im Kampfe gegen das chinesische Volk vorangetragen. Selbst Berichte des Internationalen Arbeitsamtes und bürgerlicher Berichterstatter schildern die furchtbare Kinderausbeutung und -sklaverei, die unglaublichen Arbeitsverhältnisse in den Industriebetrieben. Viele hunderte Arbeiter wurden nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Arbeitergewerkschaft hingerichtet. Tausende und aber Tausende von chinesischen Arbeitern und Bauern wurden von den Söldnern der von ausländischen Imperialisten abhängigen Regierungen «wohl im Zeichen der Morallehre von Konfuzius, Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenliebe» massakriert. Die chinesische «Bourgeois- und Generalsrevolution» war und ist nur der Kampf der Generäle im Dienste der ausländischen Imperialisten. Das zeigt der russische Film in guten naturalistischen Bildern. Die Beeinflussung und Einmengung der chinesischen Gesandtschaft ist läppisch und faschistisch dumm. Daß sich aber die Direktion des Volksbildungshauses zu einem derartigen Mastdarmakrobatenkunststück hergibt und noch die Kühnheit hat, zu behaupten, daß sie «sich jeder Stellungnahme enthält», ist bezeichnend. Ihre Stellungnahme zeigt, wie «neutral» und «unpolitisch» eben alle derartigen Institutionen des Bürgertums sind.

Volksko m ssär Rykow

Stalin hat kürzlich den Führer der Rechten, Rykow, in die Regierung wieder eingesetzt. Das ist keine Ueberraschung. Auf den Torkler nach «links» folgte schon vor einiger Zeit der offene Torkler nach rechts. Dabei bestand die «linke» Wendung nur im Schwadronieren von einer akuten, unmittelbar revolutionären Situation und im Verpulvern der revolutionären Kräfte an kalendermäßig mechanisch angesetzten «Roten Tagen». Auch die «linke» Wendung Stalins führte also nach rechts. Wie immer sich Stalin räuspert und spuckt, sein Kurs führt immer nach rechts, zur Schwächung der Arbeiterklasse, zur Stärkung der Bourgeoisie. Rykows Wiederernennung macht das deutlich sichtbar.

Heraus m t der prache!

In Nr. 72 der «Arbeiter-Stimme» haben wir den Erlaß Stalins vom 25. März 1931 veröffentlicht, worin er neuerlich die Rechte der Arbeiter aufs schwerste beschneidet. Es heißt darin unter anderem: Es wird sechstens die Verkürzung der Arbeitszeit für Bildungszwecke, soziale Tätigkeit usw. als unzulässig erklärt, jegliche derartige Tätigkeit, ebenso die Mitwirkung der Arbeiter an öffentlichen Aemtern, an Ausschüssen, an der Parteiarbeit, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen, endlich die eigene «Arbeit in den Massen» für diese Organe ist durchwegs auf die arbeitsfreie Zeit zu beschränken. Dieser Erlaß, der nur ein Glied ist einer langen Kette solcher Erlässe, zeigt, wie Stalin systematisch die Rechte der Arbeiter, die Machtstellung der Arbeiter schwächt, untergräbt, und zwar insbesondere im Betrieb. Die Stalin-Schmocks in der «Roten Fahne» schreiben sich die Finger wund über die Betriebe, die errichtet werden. Aber für die Arbeiter ist viel wichtiger, wie es in diesen Betrieben den russischen Arbeitern geht, welche Rechte sie darin haben und wie es überhaupt um die Machtstellung der Arbeiter steht. Um diese entscheidenden Fragen drückt sich die «Rote Fahne».

Zuckerl

Der Nationalrat hat ein Gesetz beschlossen, wonach die Besitzer von Tapferkeitsmedaillen eine Zulage bekommen. Danach bekommen die Besitzer kleiner Tapferkeitsmedaillen — gar nichts. Die Besitzer von großen Tapferkeitsmedaillen bekommen — auch nichts. Das heißt, sie bekommen etwas — wenn sie hübsch brav sind. Wer brav ist — das entscheidet der bravste der Braven, der schwarzgelb bis in die Knochen «republikanisch»-habsburgisch-monarchistische Heeresminister von und zu Vaugoin. Also nur die schwarz-gelben Besitzer von großen Tapferkeitsmedaillen bekommen Zuckerl.

An unsere Korrespondenten:

Sämtliche Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» müssen ausnahmslos längstens am Montag derjenigen Woche, in welcher das Blatt erscheint, in Händen der Redaktion sein, und zwar bereits mit der ersten Morgenpost. Ansonsten erfolgt deren Veröffentlichung erst in der zweitfolgenden Nummer.

Die Redaktion.

Aus der Partei

Er änzendes ü er die „Betrie szei.e" Zeill.nger

An die Redaktion der «Arbeiter-Stimme»! Als Partei- und Berufsgenosse Willy Kments mach ich mir, seit ich die letzte Nummer der «Arbeiter-Stimme» gelesen, den Vorwurf, daß ich meine heute geschriebenen Zeilen nicht schon vor zwei Jahren an das Blatt gesendet habe. Meine Frau wurde 1929 im Sommer, gerade zur Zeit der Betriebsratswahl, zur Firma Zeillinger vermittelt. Und so erfuhr ich schon damals das, was ich in Nr. 72 der «Arbeiter-Stimme» gelesen und was ich hier als Nachtrag dazuschreibe. Was meine Frau gleich am ersten Tage bei der Frühstückpause wunderte, war: Frau Meisterin setzte sich zum Herrn Betriebsrat und begann ein sehr ausgiebiges Frühstück von vier Paar Würsteln und einigen Broten zu füttern, währenddessen die Arbeiter in einem Winkerl auf Stoßballen ihr Schmalzbrot aßen. Kaum hatte der Herr Betriebsrat seine Mundecken abgewischt und sich eine angeraucht, begann er die neue Arbeiterin auf ihr Verhalten im Betriebe aufmerksam zu machen: wenn sie etwas von ihm wolle, so könne sie es ruhig der Frau Meisterin sagen, denn die sei seine Frau. Meine Frau hatte sich beim Frühstück gewundert, doch jetzt wunderte sie sich noch mehr. Am Nachmittag war Gesangsstunde. Gesungen wurden revolutionäre Lieder. Herr Chef betrat das Lokal und pfiff lustig mit. Als das Lied zu Ende, mußte Frau Meisterin (vom Herrn Chef persönlich aufgefordert), zum Weitersingen befehlen. Dann rief er die Meisterin zu sich, tippte ihr vertrauensvoll auf den Allerwertesten, der nur mit einem Mantel und leichter Seidenwäsche bedeckt war, und gab ihr unter Lachen bekannt, daß die «Neue» 22 Schillinge Lohn erhalten soll. Frau Meisterin ließ meine Frau in der Meinung, sie sei im Akkord, weiter arbeiten. Die «Neue» bekam 22 S und — die Schwestern der Frau Kment bekamen die Akkordkoupone der «Neuen» und kamen so auf 70 bis 90 Schillinge . . .

Bezeichnend war die Betriebsratswahl. Kment war nicht auf der Betriebsratsliste, die am Abend bekanntgegeben wurde. Am nächsten Tag stand er an erster Stelle. Frau Kments Schwestern, sechs an der Zahl, größtenteils samt Verehrern, Frau Kments Bruder, Schwäger und Schwägerinnen, das war die Mehrheit. Es gab zu Hause eine Sitzung und Kment war an erster Stelle.

Am dritten Tage war meine Frau keine «Neue» mehr, sondern — eine Arbeitsrose, da sie dem Herrn Betriebsrat sagte, daß ihr Mann seit 1923 aus der Organisation ausgeschlossen, aber seit 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei ist und daß sie ihm alles aus dem Betrieb erzählt hat. Da Kment mich kennt, war ihm meine Frau ein Dorn im Auge, damit sie nicht noch weitere Einblicke in die Kommunistische Wirtschaft bekomme. Bin bis heute treues Mitglied der Partei gewesen, doch jetzt gehöre ich zu Euch.

Ein Genosse.

„Zu ac s"

Die «Rote Fahne» macht jetzt unauffällig, aber fleißig in «Vorbereitung zum Parteitag». Die Stalin-Beamten, die die Partei zugrunde richten, wollen den Mitgliedern, kost's was kost', ein Aufsteigen der Partei vorschwindeln. Bei der den Arbeitern immer offenkundiger werdenden Verratspolitik der Sozialdemokratie kommen trotz Versagens der Stalin-Politik da und dort einzeln Arbeiter zur Partei. Insbesondere in den Provinzorten, von wo aus eine Kontrolle dessen, was die Stalin-Bonzen vorschwadronieren, sehr, sehr schwer ist. Und so erleben wir das groteske Schauspiel, daß die Partei in Stixneusiedel bald stärker wird als in den Wiener Proletarierbezirken. Denn in Wien wird die «Rote Fahne» zwar immer dicker, aber die Partei wird immer dünner. Der Arbeiter, der uns in Stixneusiedel beitritt, kann unsere Schwindeleien nicht kontrollieren, so spekulieren die Stalin-Beamten. Die Beschwindelung der Wiener Mitglieder ist etwas schwerer. Da greifen die Stalin-Beamten z. B. zu folgender Methode: sie berichten immer wieder: So und soviele Abonnenten gewonnen! So und soviele neue Mitglieder beigetreten! Daß aber zu gleicher Zeit so und soviele Mitglieder wieder austraten, so und soviele Abonnenten der «Roten Fahne» wieder verschwinden, das «vergessen» die Stalin-Schwindler zu berichten.

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend. Montag, den 4. Mai, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46. Beginn halb 8 Uhr. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes.

Bezirksorganisation Ottakring. Jeden Feitag abends, halb 8 Uhr, in Fanowitz Gasthaus, XVI., Koppstraße 47, Gruppenabend. Tagesordnung: 1. Organisatorisches; 2. Aktuelle politische Fragen; 3. Diskussion über das A B C des Kommunismus.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stiptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Inva», Wien, VII.